



✉ info.rundertisch@gmail.com

📄 **Vereins-Vorstand**

Ferdinand-Avenarius-Str. 5

01277 Dresden

**DGB Bundesvorstand,
Vorsitzende Kollegin Yasmin Fahimi
Keithstraße 1
10787 Berlin**

Kopie an Koll. Markus Hofmann
Leiter Abtl. Sozialpolitik

Halle, 12. November 2024

**34 Jahre nach der Wiedervereinigung – Noch immer grundgesetzwidrige
Benachteiligung der Ostrentner, Resolution der Jahresmitgliederversammlung
unseres Vereins**

Liebe Kollegin Yasmin Fahimi,

im DGB-Antwortschreiben vom 12. Juni 2024 hattet ihr geschrieben, dass der DGB das Thema Gerechtigkeitsfonds und die Frage der Anerkennung der Zusatzversorgungen für bestimmte Berufsgruppen weiter verfolgen würde, obwohl die derzeitige Regierungskoalition nicht bereit sei, in dieser Frage noch etwas zu tun. Ihr würdet deshalb eure Ressourcen insbesondere für Leistungsverbesserungen im Rentenrecht und andere, für die arbeitenden Menschen ebenfalls wichtige Themen einsetzen.

Weil unser Ringen um einen Gerechtigkeitsfonds bisher ohne Erfolg war, wir aber unseren Kampf um Recht und Gerechtigkeit nicht aufgeben können, haben wir auf unserer Jahresmitgliederversammlung am 24. Oktober 2024 in Leipzig einmütig eine Resolution verabschiedet, die sich an alle im Deutsch Bundestag vertretenen demokratischen Parteien richtet. Mit dieser Resolution fordern wir, dass bei der Erarbeitung der Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2025 Vorschläge sowohl für eine wirklich zukunftsfähige Rentenreform für die gesetzliche Rentenversicherung als auch zur Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds, damit es endlich eine

angemessene Entschädigung für die Angehörigen der DDR-Berufs- und Personengruppen als Wiedergutmachung für die grundgesetzwidrige Aberkennung ihrer gesetzlichen Renten- und Versorgungsansprüche durch die Bundesrepublik gibt.

Wir senden Dir diese Resolution als Anlage zu diesem Schreiben zu.

Außerdem fügen wir die Pressemitteilung über unsere Mitgliederversammlung bei, aus der hervorgeht, dass wir es nicht mehr hinnehmen können, dass wir, entgegen dem, was die SPD-Fraktion zu den Zusatzversorgungen einstmals im Bundestag gefordert hat, heute noch immer schlechter gestellt werden als jeder Mörder und Dieb in Westdeutschland.

Wir haben beide Papiere per Post an alle Parteivorsitzenden der im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien geschickt.

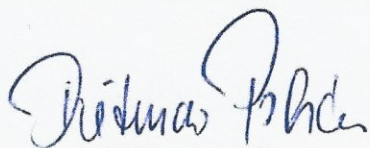
Nun muss, seit der heutigen Bekanntgabe des vorgezogenen Termins der nächsten Bundestagswahl schnell gehandelt werden. Damit die von uns und auch vom DGB geforderten rentenpolitischen Themen in die Wahlprogramme einfließen, sollten wir uns auch gemeinsam dafür einsetzen. Darüber sollten wir uns bald verständigen, um unsere Forderungen an die Parteien zu präzisieren.

Auch wir setzen uns dafür ein, dass es mit der künftigen Bundesregierung eine gerechte und zukunftsfähige Rentenpolitik und endlich auch für die viele Jahre benachteiligten Ost-Rentengruppen eine Anerkennung ihrer Lebensleistung gibt.

Liebe Kollegin Yasmin Fahimi,

Es ist jetzt an der Zeit, wie wir in einem Schreiben an Dich bereits einmal geschrieben haben: **Gemeinsam müssen wir um eine wirkliche und gerechte Rentenreform und für einen Gerechtigkeitsfonds für die DDR-Berufs- und Personengruppen kämpfen!**

Mit solidarischen Grüßen verbleiben



Dietmar Polster



Klaus-Dieter Weißenborn

Vorsitzende